

Abonnements
Werben bei allen Schweißereien
Postbureau, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
mitgegengommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3. — für Deutschland (Gauwerk)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gauwerk)
Fr. 2.00 für alle übrigen Länder des
Vereins (Kreuzband)

Der Sozialdemokrat

Ersteinst
Wöchentlich erscheinend
in
Süddeutschland
Verlag
des
Verlagsbureau
Göttingen-Zürich
Herausgeber
Franz gegen Frank
Gedruckte Preise
nach der Schweiz 1000
Doppelporto.

Inserate
Die Verlagsbureau Vertikale
25 Gts. — 50 Pfg.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

№ 15.

Wird an die Redaktionen und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schick man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Bekannten. In postschwierigen Fällen eingeschrieben.

8. April 1887.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Anarchistisches.

Der Pariser „Revolté“ gibt sich seit einiger Zeit Mühe, den Anarchismus sachlich zu begründen, d. h. statt mit bloßen Redensarten zu hantieren, wie wir das bisher bei den Anarchisten gewohnt waren, sich auf Thatsachen zu beziehen. Es ist das ein Fortschritt, den wir gerne anerkennen und für den wir uns nicht dankbarer erzeigen zu können glauben, als indem wir einmal die Beweisgründe des „Revolté“ an der Hand eines von ihm selbst gewählten Beispiels auf ihre Beweiskraft prüfen.

In einem „Die freie Vereinbarung“ überschriebenen Artikel weist der „Revolté“ zum Beweis dafür, daß es keineswegs der Dazwischenkunft des Staates, beziehungsweise einer zentralen Behörde oder von Gesetzen bedürfe, um ein Hand-in-Hand-Arbeiten auf großartigster Stufenleiter zu bewirken, auf die Eisenbahnen hin.

Hören wir ihn wörtlich:
„Man weiß, daß Europa ein Eisenbahnnetz von nahezu 200,000 Kilometern Länge besitzt, und daß man auf diesem Netz heute nach allen Richtungen hin, von Norden nach Süden, von Osten nach Westen, von Madrid nach Petersburg und von London nach Konstantinopel reisen kann, ohne aufgehalten zu werden oder auch nur den Waggon wechseln zu müssen (wenn man im Expresszuge fährt). Mehr noch: ein in einen Waggon geworfenes Kollie findet seinen Empfänger, sei er in Rußland oder in der Türkei, ohne andre Mühe, als daß man den Bestimmungsort auf einen Zettel Papier schreibt.“

„Nun wohl, dieses Resultat konnte auf zwei Arten erreicht werden. Entweder ein Napoleon hätte Europa erobert und von Paris aus auf einer Karte die Eisenbahnlinien vorgezeichnet und die Fahrtenpläne geregelt. Der gekrönte Idiot Nikolaus I. bildete sich ein, es so machen zu können. Als man ihm Eisenbahnprojekte vorlegte, ergriff er ein Lineal, zog auf der Karte von Moskau eine gerade Linie zwischen seine beiden Hauptstädte Petersburg und Moskau und sprach: „Hier die Eisenbahnroute.“ Und man baute die Bahn in grader Linie, füllte Schluchten aus, errichtete schwindelnde Brücken, die nach wenigen Jahren bereits außer Benutzung gestellt werden mußten, und brachte es auf diese Weise fertig, daß der Kilometer so etwas wie 2—3 Millionen kostete.“

„Es gab das Mittel: nichts zu bauen, bis ein Napoleon oder ein Bismarck ganz Europa erobert, die Routen der Eisenbahnen nach dem Kompaß entworfen, ihre Fahrtenpläne nach seiner Uhr festgesetzt haben würde. Man hätte auf diese Art das Ende unseres Planeten abwarten können, ohne eine einzige Eisenbahn zu bekommen.“

„Aber das (praktische) Leben packte die Sache anders an. Die Eisenbahnen wurden in kleinen Abschnitten (wörtlich: petits tronçons = kleinen Stümpfen) gebaut, die kleinen Abschnitte wurden mit einander verbunden, und alsdann haben die hundert verschiedenen Gesellschaften, denen diese Abschnitte gehören, sich in's Evidenteste zu setzen versucht, um ihre Hüge bei Ankunft und Abfahrt aneinander zu passen, sowie auf ihren Schienen Waggons von jeglicher Gegend rollen lassen zu können, ohne die Güter verladen zu müssen, durch bloßes Uebergehen von einem Netz auf das andere.“

„Alles das geschah auf Grund freier Uebereinkommen, durch Austausch von Briefen und Vorschlägen, durch Kongresse, wo Delegirte zusammenkamen — nicht um Gesetze zu schmieden, sondern um diese oder jene Spezialfrage zu diskutieren; und nach den Kongressen kamen die Delegirten zu ihren Gesellschaften zurück, nicht mit einem Gesetz in der Tasche, sondern mit dem Entwurf eines Kontrattes, den man annehmen oder verwerfen konnte.“

„Gewiß, es gab allerhand Händel. Gewiß, es gab Eigenmächtige, die keine Vernunft annehmen wollten. Aber da das gemeinsame Interesse Alle zwang, sich zu verständigen, verständigte man sich schließlich, ohne Armeen gegen die Widerspenstigen zu Hilfe zu rufen.“

„Dieses ungeheure Netz unter einander verbundener Eisenbahnen und der ungeheure Handel, dem sie dienen, bilden sicherlich den auffallendsten Zug unseres Jahrhunderts — und doch sind sie das Ergebnis freier Vereinbarung. Was hätten jedoch unsere Großeltern geantwortet, wenn man es ihnen prophezeit hätte? Sie hätten gesagt: Nie und nimmer wird es Euch gelingen, hundert Aktiengesellschaften zu veranlassen, Vernunft anzunehmen! Es ist eine Utopie, was Ihr uns vormacht, ein Feenmärchen, was Ihr uns erzählt. Dazu braucht es eine Zentralregierung, ein ganzes Regierungspersonal!“

„Nun, das Interessanteste an dieser ungeheuren Organisation ist, daß es keinerlei europäische Zentral-Eisenbahnregierung gibt. Nichts dergleichen! Keinen Eisenbahnminister in Europa, keinen Diktator, nicht einmal eine zentrale Sprechbude der

Europäischen Eisenbahnen, noch ein leitendes Komite! Alles macht sich auf dem Wege des Vertrags.“

„Und den Staatsverwehler, der uns zuruft: Nie wird man eine Zentralregierung entbehren können, sei es auch nur, um den Eisenbahnverkehr einer Nation regeln zu können, fragen wir jetzt:“

„Nun, guter Freund, wieso haben denn die Eisenbahnen Europas keine Zentralregierung, die ihre Angelegenheiten regelt? Und wie bringen sie es trotzdem fertig, sich in einer Weise zu verständigen, daß sie dich und dein Gepäck durch ganz Europa reisen lassen können?“

„Wenn diese Lumpenkerle von Besitzern von Eisenbahnen es fertig gekriegt haben, sich zu verständigen, warum sollten die Arbeiter nicht, nachdem sie von den Eisenbahnen Besitz ergriffen, es fertig bekommen, sich ebenso untereinander zu verständigen?“

„Und wenn Leute mit so wenig gemeinschaftlichen Interessen wie die Petersburg-Warschauer und die Paris-Belforter Gesellschaft gemeinschaftlich handeln können, ohne sich den Unzucht einer Peitsche für Beide beizulegen, warum sollten sie in ihrem Schooße je eine Regierung nötig haben, wenn jede Gesellschaft aus einer Gruppe freier Arbeiter bestünde?“

„So der „Revolté“, um uns zu beweisen, daß „trotz des Eigenthumsindividualismus, der uns ersticht, es immerhin in unseren Sitten ein sehr weites Gebiet gibt, wo man auf Grund freier Vereinbarung handle“, und „daß da, wo die Autoritäten eine absolute Unmöglichkeit sehen, ohne Regierung auszukommen, die Menschen sich vortrefflich ohne solche zu helfen wissen.“

„Unter „Autoritäten“, „Staatsverwehler“ (Estatistas) u. sind selbstverständlich wir böse Sozialdemokraten, bzw. Kommunisten zu verstehen, gegen die auch die Seitenhiebe auf „Sprechbuden“, Zentralregierungen u. gerichtet sind.“

„Dies festgestellt, sehen wir uns zunächst einmal — doch nein, wir wollen heute noch gar nicht auf die Ausführungen des Anarchistenblattes antworten, sondern unsern Lesern das Vergnügen lassen, einmal unbeflügelt von unserer Kritik dieselben selbst auf ihre Richtigkeit zu prüfen, selbst herauszufinden, ob und wo das schöne Bild, das der „Revolté“ uns da vorgegemalt, der Wirklichkeit — nicht entspricht.“

„Unsere Antwort wird somit erst in nächster Nummer erfolgen.“

Eine zeitgemäße Reminiscenz.

In einem „Märzgedanken und Erinnerungen“ betitelten Artikel weist ein Mitarbeiter des Reporter „Sozialist“ recht zeitgemäß auf das im März 1848 von der Zentralbehörde des Kommunistenbundes aufgestellte revolutionäre Aktionsprogramm hin, von dessen geistigem Inhalt inwischen „alle Parteien ... einen erheblichen Theil gestohlen haben.“

Es heißt da:
„So infam aber auch die Bismarcke und Konsorten die Forderungen des Proletariats bekämpften und für die Leiden und das Elend des Volks nur ein mildes, banausisches Gelächter haben, so sind doch auch sie bei den Kommunisten in die Schule gegangen und haben das „Gute vorweg genommen“, wie Leo der Dreizehnte seinem Freund und Mittyrann Otto bei Berührung des Christusordens so liebenswürdig bemerkte. Wahrscheinlich wollte dieser fromme Gottesmann damit andeuten, daß er in dieser Hinsicht Routine besitzt; und thatsächlich haben ja auch diese beiden weltgeschichtlichen Figuren der Menschheit gezeigt, daß es sich ganz gut verträgt, sich wie zwei Epigonen auf dem Jahrmarkt zu fireten und doch gute Freunde zu bleiben, bzw. sich in die ergatterte Beute zu theilen.“

Wir sagten vorhin, daß der März eine historische Rolle in der Arbeiterbewegung spielt und wollen nach dieser kurzen Abschweifung nun näher erörtern, inwieweit dies zutrifft, sowie gleichzeitig damit den Beweis liefern, daß die jeweiligen Nachhaber auch kommunistische Forderungen erfüllen, soweit ihr Vortheil dies erheischt.“

Als die Februarrevolution 1848 ausbrach, wurde bekanntlich die Centralbehörde des Kommunistenbundes von London nach Brüssel verlegt und zwar in die Hände von Karl Marx, welcher sich lange dem Bund ferngehalten hatte. Das erste Schriftstück, welches von ihm bezw. der Zentralbehörde verfaßt wurde, gelangte in den ersten Tagen des März zur Ausgabe und wurde in Deutschland massenhaft verbreitet. Dieses Schriftstück ist es, dem unser Artikel gewidmet ist, und wahrlich, obwohl über ein Menschenalter seit seinem Erscheinen in's Land gegangen, so zehren doch heute noch alle politischen Parteien mehr oder weniger von diesen geistigen Brosamen. Damit ist zugleich die lächerhafte Logik der Gegner des Sozialismus erwiesen, als seien die Träger derselben unfruchtbar in Bezug auf praktische Vorschläge.“

Das Schriftstück ist betitelt:
„Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland“

- und enthält 11 Fundamentalforderungen, und zwar:
- 1) Ganz Deutschland wird zu einer einzigen, untheilbaren Republik erklärt.
 - 2) Die Volkswertreter werden besoldet, damit auch der Arbeiter im Parlamente des deutschen Volkes sitzen könne.
 - 3) Allgemeine Volkswaffenung.
 - 4) Die säkularischen und andere feudale Landgüter, alle Bergwerke, Gruben u. s. w. werden in Staatseigenthum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im Großen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vortheile der Gesamtheit betrieben.
 - 5) Die Hypotheken auf Bauerngüter werden für Staatseigenthum erklärt, die Zinsen für dieselben werden an den Staat gezahlt.
 - 6) In den Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt ist, wird die Grundrente oder der Pachtzins an den Staat gezahlt.
 - 7) Alle Transportmittel: Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege, Posten u. s. w. nimmt der Staat in seine Hand. Sie werden in

Staatseigenthum umgewandelt und der unermittelten Klasse zur Verfügung gestellt.

8) Beschränkung des Erbrechts.
9) Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung aller Konjunktionssteuern.

10) Errichtung von Nationalwerkstätten. Der Staat garantiert allen Arbeitern die Existenz und versorgt die zur Arbeit Unfähigen.
11) Allgemeine, unentgeltliche Volkserziehung.

So das Schriftstück, welches von Karl Marx, Karl Schapper, J. Bauer, Fr. Engels, J. Moll und W. Wolff unterzeichnet ist.“

„Ehe noch die stupide herrschende Gesellschaft daran dachte, vollen wirtschaftlichen Fortschritt zu erörtern, oder gar neue Theorien aufzustellen, haben die Kommunisten für diese Gesellschaft — wie selber zugestanden werden muß — ihre Gelehrn angestrengt.“

„Fürwahr, in diesen elf Punkten liegt mehr staatsmännische Weisheit, als sämtliche „Staatsweisen“ bisher zu produzieren vermochten. Abgesehen von den drei ersten Punkten, welche rein politischer Natur und selbstverständlich auch als notwendige Vorbedingung und Garantie für sichere und rasche Durchführung der übrigen vorangestellt sind, wurden die übrigen theilweise durchgeführt, theilweise von den politischen Parteien in ihre Programme aufgenommen.“

„... Und erst Punkt 7 dieses Programmes? Welcher Staatsmann voran der „große Otto“, ist nicht bestrebt, diese unversehbare Einkommensquelle aus den Verkehrsanstalten sich zu sichern, um sein Unterdrückungssystem desto wirkungsvoller und nachdrücklicher zur Durchführung zu bringen?“

„Verstaatlichung der Post, Telegraphie, Eisenbahnen, Kanäle, Salzmonopol, und demnächst Spiritus- und Tabakmonopol, aber nicht, wie es im zweiten Satze heißt, daß die Einkünfte der unermittelten Klasse zur Verfügung gestellt werden“, sondern „um sie zu unterdrücken, um die Staatsomnipotenz auf die höchste Spitze zu treiben, ein Heer von unermühten Beamten zu schaffen, denen man im Falle des Nichtparens die Hungerpeitsche um die Ohren sausen läßt.“

„... Genug, das vom Centralomite in den ersten Märztagen des Jahres 1848 herausgegebene Flugblatt enthält unzweifelhaft Punkte, welche schon die jetzt herrschende Klasse zu verwirklichen für gut fand.“

„Kögen nun diese oder jene Motive dafür geltend gemacht werden, dieselben in dem Geiste durchzuführen, wie sie durchgeführt sind, so ist doch der Beweis geliefert, daß sie durchführbar sind.“

„Was auch kommen mag, jedenfalls hat die heutige Gesellschaft dem sozialistischen Staat damit schon manche notwendige Unterlage gegeben, und es wird dann nur notwendig sein, das Ganze in die geeignete Form zu bringen. An die Proletarier der ganzen Welt tritt heute mehr denn je die Pflicht, an der Ueberwindung der noch übrigen Punkte zu arbeiten, unbestimmt um das wüste Geschwätz der Bourgeoisie, und sich glücklich mit der Antwort, daß auch sie sich dasjenige vorweg genommen, was ihr frommt.“

Amnestie.

ml. In der guten alten Zeit, als die Fürsten noch ein patriarchalisches Dasein führten und die schlimmsten Opposition höchst harmloser Natur waren, gehörte zu jedem großen Hofest (Regierungsantritt, Jubiläumstag u. s. w.) eine Amnestie ebenso notwendig wie eine Illumination mit Feuerwerk. Der huldvolle Konrad begnadigte die jehusischen politischen Sünder, schloß „Friede mit seinem Volk“, und Alles schwamm in einem Meer von Wonne.“

„Das ist längst anders geworden. Die gute alte patriarchalische Zeit liegt weit hinter uns: die Politik besteht nur noch aus Interessentzen, und die Interessen stehen einander so scharf und schroff gegenüber, daß bei Vertretung der Interessentzen ebenso wie in Weidwachen „die Gemüthlichkeit“ aufhört.“ Die Interessentzen haben sich sogar zu Lebens- und Existenzfragen im eigentlichen Sinne des Wortes zugewandt. Die bedrohten Interessen ballen sich zusammen, gruppieren sich — und die politische Arena enthält heute zwei große Heerlager, die zwar noch mancherlei Berührungen mit einander haben, aber sich doch immer mehr von einander absondern und eine immer feindseligere Haltung zu einander annehmen.“

„Unter dem mit allerlei Knautzherzeug symbolisch bemalten Bann der Klassenstaaten die Russen und die Unterdrückten jeder Art, die sämtlich das gemeinsame Interesse haben, die Ausbeutung und Unterdrückung zu verweigern und möglichst intensiv zu machen.“

„Auf der andern Seite, theils unter dem schwarzen, theils unter dem rothen Banner, die dichte, dunkle Schaar der „Enterbten“ — unter dem schwarzen Banner die ungebundenen Häufen der durch Hunger zur Verzweiflung und zu Verzweiflungsthaten Getriebenen, unter dem rothen Banner das wohlgeordnete Heer der Sozialdemokratie — vergleichsweise noch klein und erst aus Hunderttausenden bestehend statt aus Millionen, aber ein fester, diamantartiger Kern, umschlossen vom Millionen, die eine unüberwindliche Kraft in ihn hineinzieht, bis er, mehr und mehr anschwellend, selbst unüberwindliche Kraft erlangt hat.“

„Was zwischen den beiden Lagern noch hin und her irrlichtert, das schwindet zusehends — die Reihen werden dünner, Fortschrittspartei, Volkspartei, bürgerliche Demokratie — wie immer diese wirren Phantasiebildungen heißen — ihre Zeit ist vorüber, und das Volk, das unter dem raubherbermalten Banner sich tummelt, sieht diese Zwischenläufer, diese Zwitler nicht, sieht nur den festen, diamantartigen Kern dort unten dem led flatternden rothen Banner, sieht nur, wie der Kern immer mehr anschwillt und, jetzt schon jedem feindlichen Anprall gewachsen, bald so übermächtig stark sein wird, daß kein Widerstand mehr denkbar ist.“

„Und den trotigen Männern dort unter dem rothen Banner Amnestie gewähren, zu Deutsch Bergessen? Unmöglich. Die Lämmer der Wanderer die Lämmer vergessen, die über seinem Haupte hängt und die, wenn sie ins Rollen kommt, ihn erdrückt mit der erdumungelosen Sicherheit des Faltens? Die Lämmer der Verbrecher die Remis vergessen, die hinter ihm herzieht und ihn erreichen wird, mag er seinen Lauf noch so sehr beschleunigen, mag er noch so dunkle, abgelegene Schlußwinkel aufsuchen?“

„Nein — kein Bergessen, keine Amnestie für die Sozialdemokratie. Es wäre gegen die Menschennatur, gegen die Logik

*) Warum „leider“? Soweit die „kommunistischen Forderungen“ durch die Art, wie sie seitens der Gegner in's Praktische überführt wurden, nicht in ihr Gegenheil verkehrt sind, können wir nur Genugthuung darüber empfinden, daß unsere Feinde durch die Verhältnisse gezwungen worden sind, die Exekutoren derselben zu spielen. Was heute davon noch ihnen nicht, wird schließlich doch nur Vorarbeit für uns gewesen sein, wie der Verfasser am Schluß sehr richtig selbst bemerkt.
Die Red. des „S. D.“

der Hofkassen. Es wäre eine Beleidigung der Sozialdemo-
kratie.

Für Spitzbuben, für Beamte, die in Ausübung ihres Berufes
sich die größten Rohheiten und Rechtsverletzungen haben
zu Schulden kommen lassen — für sie und ähnliches Gesindel, welches
dem Volk unter dem rauschberaubenden Banner geistesverwirrt ist, das auch
zur Spitze gehört, da gibt es Amnestie, und über solches Gesindel hat
auch am „Jubiläum“ des Feldengreises das Jähorn der kaiserlichen
Gnade sich reich ergossen.

Den „politischen Beurtheilern“ ist die kaiserliche Gnade schon aus
dem Wege gegangen. Die politischen Beurtheilern sind heutzutage die
Sozialdemokraten.

Und die Sozialdemokratie, das ist die rührende Zukunft, das
ist die Remesse.

Amnestie der Verbrecher für die Remesse?
Gibt die Remesse den Verbrechern Amnestie?

Sozialpolitische Rundschau.

Paris, 5. April 1887.

Die alljährlich, so werden auch in diesem Jahr während des
Ostersfestes eine Reihe von Arbeiterkongressen tagen.

In Budapest findet eine von der Ungarischen Allgemeinen Arbeiter-
partei einberufene „ungarische Landes-Arbeiter-
Versammlung“ statt, auf deren Tagesordnung u. A. folgende
Punkte figurieren:

- 1) Das allgemeine Wahlrecht.
- 2) Umrüstung der Fabrikgesetzgebung mit der Haftpflicht
des Arbeitgebers; ferner Beratung über die Mobilisation resp.
Bewillkommung der Inflation und Gewerbe- und Fabrikinspek-
toren (gewerbliche Vertrauensmänner).
- 3) Befreiung der Arbeiter-Krankenkassen, der Alters- und Inva-
liditätsversicherung, sowie der sachlichen Krankenkassen.

In Charleroi wird die mächtig anwachsende belgische Arbeiter-
partei ihren dritten Jahreskongress abhalten, der haupt-
sächlich der Erörterung wichtiger Organisations- und Agitationsfragen
gewidmet ist.

In Karau endlich wird ein großer „allgemeiner Schweizerischer Ar-
beiter-tag“ zusammengetreten, um die Organisation des Schwei-
zerischen Arbeitersekretariats zu beraten. Durch eine
Beratung des Schweizerischen Bundesrates sind ausländische Delegierte
von der Teilnahme an diesen Beratungen ausgeschlossen, wogegen aus
den Reihen der Schweizerischen Arbeiterpartei lebhafteste Proteste erhoben
sind, unter dem Hinweis, daß es sinnlos sei, die große Zahl der in der
Schweiz beschäftigten ausländischen Arbeiter bei einer Angelegenheit,
die alle Arbeiter, welcher Nationalität sie auch angehören, gleichmäßig
interessiere, unvertreten zu lassen, und daß auch bei den anderen Sekre-
tariaten (Handels-, Gewerbe- u. Sekretariat) beratende Beschränkungen
nicht existieren. Uebrigens wird die Sache wahrscheinlich in Karau selbst
noch einmal zur Sprache kommen, was schon deshalb gerechtfertigt er-
scheint, weil von der Beratung auch die Gewerkschaftsorganisationen,
die doch ganz speziell sich mit den wirtschaftlichen Interessen der Ar-
beiter befassen, mitbetroffen werden.

Auf jeden Fall nimmt der Arbeitertag, zu dem schon jetzt Vertreter von
gegen 50,000 Arbeitern aus allen Theilen der Schweiz angemeldet sind,
unser volles Interesse in Anspruch. Mehr noch als das Sekretariat,
von dem es berichtet wäre, sich übertriebenen Erwartungen hingeben,
bietet die mit demselben verbundene Organisation der Schweizerischen
Arbeiterpartei die Möglichkeit einer Interessensvertretung, wie
sie im gleichen Verhältnis bis jetzt noch in keinem Lande bestanden hat.
Selbst wenn die von einigen Seiten geäußerte Besorgnis, daß die
vorgeschrittenen Elemente von den Indifferenten, denen die Vertreter
der von allerhand Nebeninteressen durchsetzten Vereine überstimmt
werden könnten, zutreffen sollte, was wir indes nicht glauben, so wäre
damit noch nichts verloren, sondern im Gegentheil den Ersteren nur ein
Sporn zu um so eifrigerer Aufklärungsarbeit gegeben. Bevor die Arbeiter-
Partei nicht einen entschiedenen Willen hat, kann ihr überhaupt kein Gott helfen.

Neben diesem allgemeinen Arbeitertag werden in Karau auch noch
Spezialkongressen der dem Aktionskreis angehörenden Vereine,
des in letzter Zeit in erfreulicher Weise erstarkten Schweizerischen
Gewerkschaftsbundes, sowie der Mitgliedschaften
deutscher Sozialisten in der Schweiz tagen.

Allen diesen Arbeiterkongressen gewidmeten Zusammenkünften entbieten
wir unsern besten Gruß. Mögen ihre Arbeiten die Emanzipations-
Bestrebungen der Arbeiterklasse tüchtig fördern.

Sage mir, welcher Art Deine Waffen sind, und ich
will Dir sagen, was Du für ein Staatsmann bist.
Wenn man nach dieser Maxime die politische Thätigkeit Bismarcks unter-
sucht, so wird der Eindruck, den der Erfolg um seinen Namen gewonnen,
an alle Winde verweht. Sollen hat wohl ein Staatsmann so aus-
schließtlich mit Gewaltmitteln aller Art operirt, selten ein Staats-
mann sich so vollständig erweisen, mit anständigen Waffen Erfolge zu
erzielen, als Bismarck. Wo nicht das Glück der Bonaparte ihm aus der
Hande half, da muß irgend eine Dog die ruhige Ueberlegung hinter-
streifen — heute der „Feind in Rom“, morgen das Attentatsfieber,
dann wieder die Kriegsunruhen u. s. w. Gewalt und Lüge, Ehrgeiz und Gewalt.
Das zeigt sich jetzt wieder in dem Verhalten den Elsaß-Lothringern
gegenüber. Weil diese bei den Wahlen — Dank der Ungeschick-
lichkeit der bismarckischen Wahlagenten, denen nach den Erträgen der
Kommunalwahlkämpfe der Raum geschwollen war — ein wahrhaft ver-
schämtes Biotum gegen ihn abgegeben, soll ihnen jetzt mit Stöckpre-
sen in die Wiege zum verdammtesten Deutschen Reich eingepaukt werden.
Franzosenfreundliche Manifestationen werden mit drakonischen Strafen
belegt, und der Diskursparagraf wird dazu benützt, lässige Personen
auszuweisen. So ist der Reichstagsabgeordnete von Reg.
Der Kaspine, aus dem ganzen Gebiet der Reichslande ausgewiesen
worden, das er Knall und Fall verlassen mußte.

Schon das alte konapartistische Kunststück, die Bourgeoisie durch die
Arbeiter zu zerschlagen, hat bereits in Sicht. Es ist überaus
erregend, zu sehen, wie die offizielle Presse jetzt mit den einst so ver-
schämten elässischen Großindustriellen und ihren famosen Wohlfaß-
Einrichtungen umspringt. Einem Sozialdemokraten muß das Herz im
Leibe darob schlagen, wenn er sieht, wie diesen Wohlthätigkeitswindel
von denselben Kreisen die Maske vom Gesicht gerissen wird, die zu an-
deren Zeiten nicht Aufhebens genug von solchem und noch schlaunere
Arbeiterfreundlichkeit (Lumpen) machen konnten.

Im Uebrigen aber dürfte der Liebes Müß' diesmal passiv sein. Wenn
die Elsaß-Lothringer nicht deutsch sein wollen, so wird der Polizeistumpf
das letzte Mittel sein, ihnen Sympathien für Deutschland abzuwinden.

Polizeigerichtlichkeit. Kurz vor den Wahlen, in der kritischen
Zeit der Wahlbewegung, wurde bekanntlich das „Sächsischen Wochen-
blatt“ auf Grund des Sozialistengesetzes in Dresden verboten.
Die Begründung der Dresdener Kreisgerichtskommission war entweder von
einem vollkommenen Idioten oder von einem Spitzvogel, der das Spräch-
lein vom Verstand der Bedrücker draßlich insuliren wollte, abgesetzt
und bildete die denkbar lächerlichste Behauptung der Logik und des gesunden
Menschenverstandes. Inzwischen — der Polizeiverstand ist ja kein gead-
elter Mensch — und der Polizeiverstand ist heute allmächtig im
Reich der Gotteslästerung und frommen Sitte. Verboten war verboten —
das „Sächsischen Wochenblatt“ mußte eingehen und die Danten Karu-
lader hatten sich einen Gegner im Wahlkampf vom Halle geschafft.
Der Verleger des „Sächsischen Wochenblattes“ erhob Beschwerde bei der
sächsischen Reichsgalgenkommission. Und die Reichsgalgenkommission hat
dann auch, genau drei Wochen nach der Wahl, das Verbot
des „Sächsischen Wochenblattes“ wieder aufgehoben. Das Ganze
war also ein polizeiliches Wahlstück, der aber den Eigenthümern des
Blattes sehr heuer zu stehen kommt, den Parteibrüdern ein paar tau-
send Stimmen eingebracht hat und die wahrhaft unterirdische
Macht bekundet, deren wir uns in dem, von G. L., Streben und

Reptilien als bestregiertes, glückliches und — freiestes aller Länder
gepriesenen Puffamerun erfreuen.

Bismarck liebt zwar, wie aus einer seiner letzten Reden,
mit denen er den verflochtenen Reichstag begrüßte, hervorzu-
heben, von der sozialistischen Agitation noch unberührt in blühlich
Arbeiter in wahrhaft wührender Weise, er besucht sie in ihren Häuten,
postfiziert mit ihnen, und ist entzückt über die Bewunderung, mit der sie
seinen Auseinandersetzungen zuhören, aber — zu trauen scheint er
ihnen ebenso wenig, wie die Industriarone ihren „väterlich geliebten“
Fabrikarbeitern. Man höre nur, was das deutsche „Reichsblatt“ über
die Wahlagitation im Sachsenwalde zu berichten weiß.

„In diesem großen Fort“, schreibt der liberale Moniteur, „findet eine
größere Zahl von Arbeitern, die in den angrenzenden Dörfern
wohnen, während eines großen Theiles des Jahres Arbeit. Aus ver-
schiedenen Dörfern, die in der Nähe des Sachsenwaldes liegen, ist uns
nun gleich nach der Stichwahl mitgeteilt worden, daß solchen Ar-
beitern, welche im Sachsenwalde beschäftigt wurden, in der letzten
Stunde vor Anfang der Wahlhandlung Stimmzettel übergeben
worden seien mit den Worten, daß sie diese Zettel am Wahl-
tage abzugeben hätten. „Sonst sei es am Tage darauf mit
der Arbeit alle“ oder „sonst bekämen sie keine Arbeit
wieder in dem Fort.“ Diese Stimmzettel sind mit dem Namen
des konservativen Kandidaten „Gutsbesitzer Wentorp-Roth-
hausen“ beschriftet, und sie zeichnen sich vor den anderen Wahlzetteln,
welche für denselben Kandidaten abgegeben wurden, aus. Der Name
ist nämlich mit blauer oder violetter Tinte oder mit bla-
u-schwarzer Tinte geschrieben, und die Stimmzettel
sind mit einem blauen Bande versehen, also von außen
kenntlich. Sie verhalten also gegen das Wahlgesetz. Wir schreiten
uns Anfangs, davon Mitteilung zu machen; jetzt liegt uns aber ein
solcher Stimmzettel vor, den wir logisch einem befreundeten Reichstags-
Abgeordneten zu eventueller weiterer Veranlassung übergeben werden.
Zum Schutze gegen Wahlbeeinflussungen und Stimmkäufe wird im
Sachsenwald immer mehr die Kennzeichnung der Hand-
schriften für den Wähler erforderlich. Wir haben die beschrifteten Stimm-
zettel an die beherrschten Schriftgelehrten des Sachsenwaldes gesandt.
Dieselben haben festgestellt, daß die Handschrift dort allgemein
bekannt ist und einem auf einem bestimmten Bureau im Kreise
beschäftigten Manne angehört. Es muß dem Reichstag leicht sein,
festzustellen, ob unsere Mittheilungen begründet sind. In mehreren in
der Nähe des Sachsenwaldes liegenden Wahlbezirken, wo bisher noch
niemals konservative Zettel abgegeben sind, sind jetzt solche vorgekommen.
Und wenn unsere Informationen richtig sind, wird man unter den
Wahlzetteln dieser Bezirke auch jene hinterwäldlerischen Stimmzettel
mit blaueschwarzem Bande finden. Der Herr Fortbesitzer
hat selbst weit minder verzeihliche Wahlbeeinflussungen zu verschiedenen
Malen, z. B. in seiner Reichstagsrede vom Januar 1882, auf das
Schärfste verurtheilt. Er wird gewiß Veranlassung nehmen, dafür
zu sorgen, daß solche Dinge an wenigsten in seinen Besitzungen vor-
kommen.“

Auf letztere Anknüpfung wird „der Herr Fortbesitzer“ voraussichtlich
mit der ihm eigenen Unerschrockenheit antwortend antworten: „Was ist
mir davon so?“ Bismarck hat für Gesetz und Gerechtigkeit von
jeher keine andere Meinung gehabt, als etwa sein Ständegenosse
Krapotkin. Er „schafft“ die Gesetze nicht „ob“, sondern sie, namentlich
wenn man die Rinde der Gesetzgebung in der Hand hat, sehr nützlich
sein können, aber wo sie ihm im Wege sind, ignoriert er sie, und
war nicht bloß theoretisch wie der anarchistische Doktrinär. Und
was speziell das Wahlgesetz anbelangt, so ist auch hier Bismarck
praktischer als die Anarchisten. Als höchster Beamter des Reiches geht
er seinen Ständes- und Klassengenossen mit gutem Beispiel voran, und
zeigt ihnen, wie man das fatale Wahlgesetz ohne theoretische Deklamation
und Deklaration auf praktischem — Wege annullirt. Nur
gehörig fortgesetzt auf diesem Wege, so gelangt man am sichersten zur
— Anarchie.

Wo alles Hebt, kann Karl allein nicht haffen. Zu den
erhaltenen Erscheinungen dieser kapitalistischen Zeit gehören die Kapi-
talisten-Booßsprünge der sogenannten bürgerlichen Demokraten
vor dem „erhabenen Oberhaupt des Deutschen Reiches“. Wir wollen gar
nicht auf die Erörterung der Frage eingehen, ob überhaupt eine wirk-
lich demokratische Gesinnung mit Zugewandnissen an das monarchische
Prinzip vereinbar ist — nach unserer Ansicht ist es nicht der Fall —
sondern die Theorie der Anerkennung des einmal gegebenen Zustandes
gelden lassen, aber zwischen der bloßen Anerkennung und der von den
Herren beliebigen Teilnahme am Reichstags- u. Reichstags-Geheimratstag
besteht ein himmelweiter Unterschied. Das Erstere erfordert noch keines-
wegs ein Aufgeben der eignen Würde. Die aber die bürgerlichen Demo-
kraten, nachdem sie Joseph von der Regierung des alten Wilhelm einen
wahren Hagen von Fuchstritten erlitten, sich sofort wieder vor
ihm auf den Bauch warfen, und so die ihnen folgende Volksmasse über
die Natur der politischen Kämpfe der Jetztzeit aufs Neue irreführten,
das ist, wie gesagt, wahrhaft edelregend.

Die betreffenden Leistungen der „Frankfurter Zeitung“ haben wir be-
reits in voriger Nummer tiefer gehängt. Heute liegt uns ein Bericht
vor über eine, von dem großen Demokraten und Landtagsführer Michael
Flürscheim veranstaltete Kaiserfeier. Im „Sächsischen Landbesuch“
vom 24. März lesen wir:

„Gaggenau, 23. März. Ungefähr 300 Männer versammelten sich
gestern Abend im Gasthause zum Hecht auf Einladung Herrn Flür-
scheims, der die „Reichsfeinde“ und „Reichsbrände“, die
ihrem alten wackeren Kaiser (!) ihre Verehrung zeigen wol-
len, zu einer festlichen Begehung seines 90-jährigen Geburts-
tages aufgefordert hatte. Herr Flürscheim hielt die Rede, worin er
energisch gegen jeden Versuch einzelner Parteien protestirte, ein be-
sondres Votum auf den von der ganzen Nation ohne Unter-
schied der Partei verehrten Kaiser in Anspruch nehmen
zu wollen. Nicht der sei der beste Freund, der uns stets schmeichelt und
ja sage, nicht auf ihn können wir uns am Tage der Noth am sichersten
verlassen, sondern auf den, der uns freimüthig bei Vorkommen auf
Fehler und Irrthümer aufmerksam macht, sich mit Mannesmut un-
seren unterwürdigsten Wünschen entgegenstelle. Ein solcher Freund habe auch
die Kraft und den Muth, uns am Tage der Noth seine Stütze zu leihen.“

Folgt die berühmte Theorie von der „allergeringsten Opposition“, die
bloß an dem Keimen Fehler leidet, daß der „allergeringste“ es —
wahrscheinlich aus Milde — ruhig zusehen hat, wie seine Beamten
diese Opposition als persönliche Feinde von Kaiser und Reich ge-
radu geachtet haben. Unter solchen Umständen kann man höchstens
von allergeringster Prostitution reden.

„Der Redner ging hierauf — heißt es dann — „auf die ge-
schichtlichen Momente über, welche das Leben Kaiser Wilhelms uns dar-
bietet, auf die großen Eigenschaften des Jubilars und sein
Verhältnis zum deutschen Volke.“ Gaggenau liegt einige Meilen von
Kassau, ob Herr Demokrat Flürscheim auch das „Verhältnis“
Wilhelms zu den dort niederträchtigen Kämpfern für die Freiheit des
deutschen Volkes erörtert hat? Schwermüthig. Das hätte ja nicht zu dem
„schönen Abend“ gepaßt, „wie ihn Gaggenau noch nie erlebt hat.“ Um
so dommerdar dafür der Hochruf auf des „verlangten Deutschlands“
ersten Kaiser.

Wo alles kriecht, darf Michel allein nicht aufrecht stehen.
Die Wahlprüfungskommission des gegenwärtigen Reichstags
sollte eigentlich den Namen „Schwedenkommission“ haben. Sie kommt
nicht vom Hied. Wenn die Arbeiten der Wahlprüfungskommission bei
dem bloßen Willen der Regierungen überhaupt schon an sich, auch bei der
größten Arbeitslast der Mitglieder, in einem langsamen Tempo, weil
man dem Reichstag das Recht, die bespotteten Unregelmäßigkeiten und
Ungeheuerlichkeiten selber zu untersuchen für sorgfältig verweigert hat, und
der Reichstag daher auf die guten Dienste der Regierungen angewiesen
ist, die nur genau das thun, was sich anständigere durchsicht nicht
vermeiden läßt — so ist jetzt, wo die Mitglieder der Wahlprüfungskom-
mission mit den Regierungen den lebhaftesten Wunsch theilt, die patriotisch-
nationalen „Schwedenereien“ der letzten Wahl hübsch zu vertuschen,
von einem Fortschritt der Wahlprüfungsarbeiten absolut gar nichts
zu bemerken. Seit drei Wochen sitzt die Kommission — aber gethan ist
buchstäblich nichts. Die Herren der Majorität haben als „Staats-
männer“ andere wichtige Geschäfte zu verrichten, und beschleunigen
die Mitglieder der Minorität ihre Arbeiten auch noch so eifrig, so ist

damit doch nichts erzielt, denn ohne daß die Herren der Majorität mit-
machen, kann keine Maß in der Kommission geprüft werden. Von
welchem Geiste die Herren der Majorität befehle sind, das erhellt recht
deutlich aus einer parlamentarischen, offenbar von einem Reichstags-
geschriebenen Notiz des „Leipziger Tageblatt“ über den Wahlprotest aus
dem Leipziger Landkreis. Nachdem einige untergeordnete
Beschwerdepunkte (die Hauptpunkte zu erwähnen hat der Schreiber
— vermutlich Dr. Sch. selbst — sich wohl gehütet) angeführt sind,
schließt die Notiz mit den bezeichnenden Worten: „Jedenfalls kommt
der Protest in dieser Session nicht mehr zur Ver-
handlung.“ Das ist der Trost des nationalliberalen „Gentleman“,
und das enthält die Verschiebungstatistik der Kommissi-
onsmajorität.

In dem Beschluß der Reichsgalgenkommission auf Wieder-
freigabe des „Sächsischen Wochenblattes“ heißt es ausdrück-
lich, es stehe fest, daß das genannte Blatt ein Organ der So-
zialdemokratie sei und sozialdemokratischen Tendenzen
und Bestrebungen hulde, und daß auch in den Kritiken, welche zur
Unterdrückung des Blattes Anlaß gegeben, unzweifelhaft sozial-
demokratische Tendenzen und Bestrebungen zu Tage
traten, aber — so fährt dann die Reichsgalgenkommission mit tugend-
haftem Respekt vor Wahrheit und Logik fort, „aber diese Merkmale
genügen nach dem Gesetze nicht zur Rechtfertigung des ergangenen
Verbots, welches nur unter der Voraussetzung aufrecht er-
halten werden könnte, wenn aus dem Inhalte des fraglichen Kritiken
sich auch ergeben würde, daß die in denselben zum Ausdruck gebrachten
Bestrebungen im Gegensatz zu jener reformatorischen Thätigkeit, welche
auf der gegebenen Grundlage der Staats- und Gesellschaftsordnung
beruht, tendieren durch organische Fortentwicklung anstrebt, — entweder
direkt die Umkehr dieser Ordnung, das heißt den Weg
der Gewalt verlangen, oder daß die gewählte Methode, sowie
die anempfohlenen Mittel der Agitation naturgemäß wenig auf
den Weg der Gewalt hindrängen.“

Reincke fußt als Augenprediger — doch nein, wir wollen dem
braven Reincke keinen Schimpf anthun — sagen wir lieber, Stöder,
der gegen die Todsünde des Lügens eifert, Bismarck, der beim Ge-
danken an die Möglichkeit eines Krieges dem alten Vespess ein paar
Thranen vorweint — das sind ähnliche Bilder wie das, welches die
Reichsgalgenkommission uns hier darbietet.

Wir sind jetzt im Frühling des Jahres 1887. Und im Herbst des
Jahres 1878, also vor ungefähr neunzehn Jahren, trat die Reichs-
galgenkommission ihr schwachmüthiges Amt an. Und in diesen neunzehn
Jahren hat sie, ohne mit den Wimpern zu zucken, Hunderte und
Tausende von Zeitchriften und sonstigen Schriften endgültig garotirt,
bloß weil sie sozialdemokratische Tendenzen und Bestrebungen ver-
folgt. Und jetzt auf einmal dieser Augen-Auflauf! Wenn ein alter
Sünder plötzlich zerstückt ist, dann ist entweder Rättigst am letzten
mit ihm, oder der Keil hat irgend eine ganz absonderliche Wieder-
traut im Sinn.

Und doch gibt es komischer Weise noch Leute, die da allen Ernstes
glauben — Sozialdemokraten sind's natürlich nicht — die Reichsgalgen-
kommission habe sich gebüßert, und es stehe jetzt eine Aera der „Logalen“
Anwendung des Sozialistengesetzes bevor. Geradezu komisch könnte man
von einer logalen Vergiftung oder von logaler Erbrosse-
lung reden. Das Sozialistengesetz ist eben dazu da, um nicht logal
angewandt zu werden. Logalität und Sozialistengesetz sind zwei Dinge,
die nicht zusammenstimmen. Blüthe, brutale Vergewaltigung des
Rechts — das gehört zum Wesen des Sozialistengesetzes, das ist sein Wesen;
und im Augenblick, wo die blüthe und brutale Vergewaltigung des
Rechts aufhört und die „logale Anwendung“ beginnt, ist es
mit dem Sozialistengesetz zu Ende.

Das wissen die Spiegelberge der Reichsgalgenkommission genau so gut
wie wir, und wenn sie jetzt mit einem Male die Maske der Ehrlichkeit
und Logalität vordrücken, so fragen wir einfach: welchen Grund
habt Ihr zu dieser Vermummung? Welche Schufterer
führt Ihr im Schilde?

Vermuthlich soll der Bennisen'schen Abschaffung des Sozialistenge-
setzes der Weg gebahnt, und die trodene Galotte des in Form
Rechts sich gebührenden Gedankenmordes schon vorbereitet werden.
Nun — der Gedankenmord ist zum Glück noch etwas schwieriger als
die Quadratur des Kreises. Soll er überhaupt gelingen, so muß der
Wörter Gedanken im Schilde haben, und zwar Gedanken, die
benzen, welche gemordet werden sollen, überlegen sind.
Aber Putz, und Gedanken im Schilde! Der bloße Ge-
danken an die Möglichkeit, daß Putz Gedanken haben könne, erzeugt
homerisches Gelächter.

Ein Wink mit dem Jauchzähl — oder der Kartätsche,
die ja unter Umständen noch wirksamer winkt als ein Jauchzähl.
Die Berliner Kartätscher, die während des jüngsten Preussenschlages
arbeiten waren und noch heute appetitliche Rachelecken hatten, erzählen u. A.
mit großem Behagen, daß der „kaiserliche Jubelkreis“ an seinem „Ehren-
tage“ nur einen einzigen Orden getragen und mit diesem sich seinen
Gästen und „seinem Volke“ gezeigt habe — nämlich mit demselben Orden
pour le mérite, welchen er als Prinz von Preußen im Jahr 1849 nach
siegreich beendetem Feldzug in Baden von seinem könig-
lichen Bruder erhalten hat.

Also zur Feier des 90. Geburtstages die Erinnerung an den Bür-
gerkrieg, die Erinnerung an die Blutorgien des preu-
sische-hohenzollernischen Ordnungsbanditentums —
und eine Provokation zum Bürgerkrieg! Oder ist die Auf-
stimmung jener Schandthaten der Reaktion, die in dem „Prinz von
Preußen“ ihr bereitwilliges Werkzeug fand, nicht eine Herausfor-
derung an alle diejenigen, welche sich, wenn auch nicht in den Zielen,
doch in der Liebe zum Volk einzig wissen mit den Opfern jenes „Kreuz-
zugs“ gegen die Hydra der Revolution, welcher dem Prinzen von
Preußen jenen, am 22. März d. J. paradiesischen Orden pour le mérite
eindrachte?

Der Prinz von Preußen hieß damals der Kartätschenprinz, und unter
diesem Namen wird auch die Nachwelt ihn kennen, nachdem der
müßige Reichsgalgenkommission verfallen ist, mit welchem das hyperbysan-
tische Gefindel des deutschen Bas-Empire seit einem Reichenthaler
die Luft verpestet und verdunkelt.

Nun — der Wink mit der Kartätsche des weiland „Kartätschenprinzen“
wird den 95,000 sozialdemokratischen Wählern Berlins nur ein mit-
telbares Lächeln entlockt haben. Kartätschen (auch in neuerer Ausgabe
und Gestalt) imponieren und Sozialdemokraten nicht, eben so wenig wie
Kartätschenprinzen. Wir haben Waffen, die tausendmal so gut sind wie
die besten Kartätschen und sonstigen Ordnungsmaschinen der hohen und
hohen Herren. Und wir wissen, wie wir zu kämpfen haben, um zu
siegen. Und weil wir es wissen, lachen wir des Winkes mit der Kar-
tätsche, lachen des Kartätschenordens und des Kartätschenprinzen.

Wir lachen, aber der Tag wird kommen, wo das Volk der Kar-
tätschen, der Kartätschenorden und Kartätschenprinzen nicht lacht.

In Breslau ist gegen Krüger und das sozialdemo-
kratische Wahlkomitee eine Anklage auf Teilnahme an einem
Verbrechen im Sinne der famosen §§ 128 und 129 erhoben wor-
den. Rehnliche Prozesse sehen an verschiedenen anderen Orten in Aus-
sicht. Jämmerliche Polizei-Inspektoren!

Wenn die Polizei nicht so polizeimüdig bummelt, hätte sie längst
herausgebracht, daß das Wahlkomitee eine strafbare Verbindung
im Sinne des Freiurger Erkenntnisses voraussetzt, und hätte den gefür-
chteten Richtern einen Prozess gegen sämtliche
sozialdemokratische Wähler apporirt. Daß dieselben durch
gemeine Stimmabgabe ihre strafbare Verbindung dem Auge der Polizei
zu entziehen suchen, ist ein erschwerender Umstand von erheblicher
Bedeutung. Und bei Spitzigen Stimmzetteln und den sonstigen sinn-
reichen Hülfsmitteln, welche den Ordnungsparteien zur Verfügung stehen,
kann es ja nicht schwerfallen, die Mitglieder dieser weissen und
— was wir ungern verrathen wollen — gefährlichsten Ge-
heimverbindung zu entdecken und zur Strafe zu bringen.
Wir hoffen, die Polizei nimmt sich diesen unferen Wink an nützlich.

Das niedrige, verkommenen Reich — Bezeichnung des oströmischen,
byzantinischen Reichs, welches das Ideal unferer wackeren
„Staatsmänner“ geworden ist.

Ein Fest im Karbentisch oder Frankfurt in Röhren.

Frankfurt am Main schreibt man uns: Das freie deutsche Hochstift, das den großen Gedanken einer freien deutschen Universität zu verwirklichen berufen sein will, verankert jeden Winter eine Reihe von Vorträgen aus allen Gebieten des Wissens. Da man nun die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus nicht mehr zu leugnen im Stande ist, so hatten die Herren den künftigen Vorträgen, diese, wenn auch noch so verdrückte Wissenschaft auch im „freien deutschen Hochstift“ zu Worte kommen zu lassen. Ja, die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei, auch unter dem kleinsten Belagerungszustand!

In diesem dreiwöchentlichen Vortragszyklus sollte nicht nur der deutsche, sondern auch der französische und englische Sozialismus abgehandelt werden. Man hatte sich zu diesem Programm um so eher geeinigt, als man so dem Rufe des Freisinnigen Rechnung getragen und doch nur eine oberflächliche Kussfertigung von Gedanken aus der großen Fülle bekommen hätte, die die verschiedenen bedeutenden sozialistischen Systeme enthalten; der Schwerefall des wahren Sozialismus wäre kaum nahe gewesen. Außerdem wäre es eine pikante Unterhaltung gewesen, die Riedemann zu viel des Denkens zugemutet.

Unser Genosse, Dr. Heinrich Braun, den man für die Vorträge beauftragt hatte, änderte das Thema aber dahin, daß er eine gründliche wissenschaftliche Darlegung des gewaltigen, der gesamten sozialistischen Bewegung aller Länder zu Grunde liegenden Systems von Marx-Engels gab. Für fünf Vorträge in der Tat eine schwierige Aufgabe, der er jedoch in vollendeter Weise gerecht wurde. Die gegebene Redefreiheit wogend, blieb er mit jedem Worte der Sozialist, welcher in ruhiger, klarer Sprache seine Überzeugung vertrat.

Die Herren vom Hochstift durchreisende kalter, jäher Schrecken, sie waren aus Schäfte entsetzt. In höflicher, bringender Weise versuchte man schon nach dem ersten Vortrage Dr. Braun den wohlgemeinten Rath zu geben, doch die Gesellschaft nicht zu verlassen — und ohne Erfolg. Man debattirte und verhandelte, man schickte gewichtige Persönlichkeiten zu ihm, man ernannte schließlich einen „Beschlichtungsrath“ — alles umsonst, er sprach mit offenem Freimuth weiter. Die bürgerlichen Elemente, die die Zubehörer bildeten, erschienen zu jedem Vortrage in überaus reicher Zahl und folgten, zu ihrem Lobe muß ich es gestehen, mit gespannter Aufmerksamkeit. Die wenigen Freunde der Sache lautlich beifällig den eindrucksvollen Worten. Zwei Juristen sah man nach jedem Vortrage erleichtert aufstehen, als hätten sie in fortgesetzter Angst geschwebt, es könne irgendwo eine Dynamitbombe losgehen. Einer, der es mit Niemand verdröhen will, schickte nach einem der Vorträge Braun die Hand. Ein Ländchen, dem man angeführt haben mag: „Sie haben mich aus der Seele getroffen.“ Die übliche Polizei gehört nicht zu den Mitgliedern des Hochstiftes, vielleicht aber hatte sich ein „Geheimrath“ eine Karte zu den Vorträgen gesichert.

Die Herren vom Hochstift waren, wie gesagt, in Verwirrung; befand man sich doch in einer höchst peinlichen Situation. In erschröckender Klarheit malte man sich die möglichen Konsequenzen aus, wenn Dr. Braun in dem Tone zu Ende spräche, und die noch schlimmeren, wenn er „das billige Martyrium“, wie sich einer der Herren ausdrückte, hat, auf sich nähme und die Vorträge abbräche. Welchen Stempel würde das geben, und wie hände es mit dem Ruf des Freisinnigen im freien deutschen Hochstift! Man hat schwere Sorgen durchgemacht, aber die schlimmen Tage, sie sind vorbei. Im Stillen thäten die Herren das feierliche Gelöbniß: nie und nimmer wieder einem Sozialisten die Thüre zu öffnen, nie und nimmer wieder einem Sozialisten den Lehrstuhl an der freien deutschen Universität einzuräumen. — Und als darauf Dr. Braun vor den Arbeitern über den modernen Sozialismus sprechen wollte, erhob die Polizei auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes Protest. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei, aber nicht für die Arbeiter! Ein junger Student.

Wo ist Deutschland? Was sagen die, welche die Sozialisten wegen der harten Dinge, die diese den Kapitalisten nachsagen, und wegen ihres bitteren Hasses gegen das gegenwärtige Wirtschaftssystem tadeln, zu den Angaben des Oberst G. E. Stewart über die Lage der Staffordshire Arbeiter? Was sagen sie dazu, daß ein angestrengt arbeitender, fleißiger Mann allerhöchstens 6 Schilling 4 Pence wöchentlich verdienen kann? Was dazu, daß Frauen und Mädchen für die großartige Summe von 3 Schilling 6 Pence wöchentlich gezwungen sind, mit den Männern in der Schmelze zu arbeiten?

Drei Schilling und sechs Pence! Berechnen Sie es, Sr. Majestät! Berechnen Sie es, Ihr geistertes, in Selbe gekleideten und mit Juwelen bedeckten Damen, die Ihr Euch sehr häufig in der Königin Gesellschaft summen drängen! Diese Frauen, diese Schwestern, haben sich an ihrer schweren, unheimlichen Arbeit in der Schmelze für 3 Schilling und 6 Pence zu plagen, während Ihr müßig durch das Leben geht, mit unmaßbarem Land und Ueppigkeiten zur Belohnung für Euer Nichtsthum versehen.

Ist Euch denn nicht das geringste Schmerzlähle erblicken? So müßlich zu lesen im Organ der Christlich. Sozialen — Englands.

Man vergleiche damit die Sprache der preussisch-deutschen Vertreter des „Christlichen Sozialismus“, und dann beantworte man unsere Frage: Wo ist Deutschland?

Nach allerhöchstem Befehl. Aus Hamburg wird berichtet: Der Krieger Ratel, der vor kurzer Zeit vom hiesigen Landgericht, Strafkammer II., wegen Sittenverbrechen, begangen in der raschitischen Welle an zwei Schulmädchen, zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt ist, hat insofern vor dem Senat Gnade gefunden, als derselbe die erkannte Zuchthausstrafe in Gefängniß verwandelt hat.

Recht so. Der Mann war auch kein politischer Verbrecher.

Und der „guten Gesellschaft“. Man schreibt uns aus Berlin: Schon zweimal hat der „Sozialdemokrat“ von dem würdigen Rostiz Treitel erzählt, dem Schilling Bismarck's, und von den Verläufen, ihn ob der intimen Beziehungen des talentvollen Bill zu seiner jungen Frau aus finanziellen Röhren zu befreien. Diese Billie war nicht dauernd, denn im Herbst erschien an den eleganten Räumen der in der Bendlerstraße gelegenen Wohnung der Reichstagsvizepräsidenten. Dies schmerzte die an Leppigkeit gewöhnte Frau, betriß sie ihre treuen Satten und ihre Kinder, um in Paris Erholung und — Vergessen zu suchen. Die man in vornehmen Berliner Kreisen erzählt wird, hat die von feurigem polnischem Blute durchglühte Frau einen Freier gefunden, der zu gleicher Zeit mit Bill, Paul einbaue und Kampman Hausfreund im Zerstörten Hause war. Es ist dies Herr Fürstenberg, ehemaliger Diplomat im Reichstagsrathe, jetzt Direktor der Berliner Handels-Gesellschaft. Dieser Herr hat jetzt für die arme Frau ein elegantes Heim am Kronprinzen-Platz genommen, und dort verfaßte sich die hohen Herren der Krisokratie, die „großen“ Heroen der Literatur, die Vertreter der „anständigen“, guten Presse, und alle die Herren von der Börse, die — viel Geld haben.

In dem Wahlplakat der Ordnungsparteier von Göttingen war in geschmackvoller Weise unserer Partei vorgeworfen, sie wolle die Familie abschaffen und dafür „Karnickelwirtschaft“ einführen. Dagegen hat die Ordnungspartei! Als ob nicht gerade in ihrer Mitte, in den Kreisen der „Edelsten und Besten“ der Nation die schönste — nun, sagen wir nicht Karnickel, denn das sind immerhin noch laubere Thiere — aber die schönste Schweinewirtschaft blüht!

Oder gehören diese intimen Beziehungen zwischen Adel und Finanz auch zur gegenseitigen Kartellbrüderlichkeit?

Ein Königswort. In den Zeitungen steht zu lesen, der König von Sachsen habe, bei seiner neulichen Anwesenheit in Berlin, zum Geburtstags-Spektakel die sächsischen Abgeordneten empfangen und denselben seine Freude darüber ausgedrückt, daß Sachsen seine sozialdemokratischen Abgeordneten gewählt habe, so daß er — König Albert — nun alle sächsischen Abgeordnete bei sich empfangen könne. Wir können kaum glauben, daß der König von Sachsen, der persönlich ein ganz anständiger Mensch sein soll, wenn auch kein besonderes Licht, eine so geschmacklose und geradezu unanständige Aeußerung gethan hat. Von der Freude über die Rückkehr der Sozialdemokraten wöken wir ganz absehen — diese königliche Freude kann für uns Sozialdemokraten in nur schmeichelt sein — was jedoch das „Empfangen“ betrifft, so muß der König von Sachsen doch wissen, daß dazu mindestens zwei

gehören — Einer, der empfängt, und Einer, der sich empfangen läßt. Daß aber sozialdemokratische Abgeordnete sich nicht empfangen lassen, das weiß Niemand besser als der König von Sachsen, dessen Einladungen an sozialdemokratische Abgeordnete regelmäßig zurückgeschickt wurden. Wenn König Albert sich bei seinem Hofmarschall erkundigt, wird er vielleicht auch erfahren, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der von Hofbedienten ganz besonders gebeten ward, der königlichen Einladung Folge zu leisten, die Antwort gab: „Wenn der König mich besucht, so kompromittirt er sich nicht, wenn ich ihn besuche, so habe ich meine Ehre verloren. Hat der König wirklich den Wunsch, mich zu sprechen, so ist es vom Kaiser in meine Wohnung genau so weit wie von meiner Wohnung in den Palaß.“

Herr Brockhaus in Leipzig. Inhaber der bekannten Buchhandlung, die seinen Namen trägt, ist ein ganz besonderer Patriot vor dem Herrn, und wehe dem, der es wagen möchte, seine deutsche nationale Gesinnung in Frage zu stellen. Herr Brockhaus ist aber auch ein tüchtiger Kaufmann, und versteht sich auf das Geschäft wie nur einer. So hat er von dem, in seinem Verlage erschienenen Konversationslexikon eine russische Ausgabe veranstaltet, um auch den Russen deutsche Bildung, insbesondere deutsche nationale Gesinnung gegen gute Bekanntschaft beizubringen. Dabei hat aber, wie man der „Frankfurter Zeitung“ aus Petersburg schreibt, die an erster Stelle stehende politische Uebersichtsarte von Asien eine merkwürdige Umwandlung erfahren. Während nämlich auf dieser Karte, wie sie im II. Bande des Lexikons steht, Kasanistan und Beludschistan eine selbständige, von Rußland verschiedene Provinz und Schraffirung aufweisen, und somit als selbständige, von Rußland unabhängige Staatwesen charakterisirt sind, erscheinen auf der Karte des für die Russen bestimmten Prospekts beide Länder in der nämlichen Farbe und Schraffirung wie Rußland selbst, sie sind also dem letzteren angegliedert worden. „Da diese Angelegenheit“, bemerkt der betreffende Korrespondent ironisch, „vielleicht ein mal stattfinden wird, so kann man nur die höchste Achtung vor dem deutschen Verlagsgeschäft haben, das nicht bloß mit der Gegenwart fort-schreitet, sondern ihr auch mit tüchtigem Schritt in die Zukunft voranzuh-eilen weiß.“

Und obendrein in eine Zukunft, die für Deutschland nichts weniger als muthenswerth ist. Aber was thut man nicht Alles aus Patriotismus und für's — Geschäft!

Frankreich. Aus Paris, 21. März, schreibt man uns: Ueber den Verlauf des kürzlich hier stattgefundenen Internationalen Festes ist schon im „Sozialdemokrat“ berichtet worden, auch hat eine der auf dem Feste verlesenen Aufsätze, der Brief Friedrich Engels', bereits Aufnahme gefunden. Wenn wir nun trotz alledem heute noch mal auf dieses Fest zurückkommen, so deshalb, weil der erwähnte Bericht in der letzten Sitzung des Internationalen Festkomitees, als in unvollständiger, für ungenügend befunden und beschlossen wurde, jetzt, wo der „Sozialdemokrat“ nicht mehr so stark in Anspruch genommen ist, wie unmittelbar nach dem Wahlen, dem Organ der deutschen Sozialisten einen vollständigen Bericht über das gut ausgefallene Fest zugehen zu lassen, damit es den auswärtigen Parteigenossen möglich sei, einen besseren Ueberblick über den Zweck des Festes und über letzteres selbst zu gewinnen. Und nun zur Sache.

Um dem Kriegslärm in Europa, den lastspieligen Rüstungen, den chauvinistischen Hetererien energisch entgegenzutreten, und zu gleicher Zeit die Bande der internationalen proletarischen Solidarität fester zu knüpfen, ergriff der deutsche Sozialistenklub die Initiative zu einem großen „Internationalen Feste“, das den ausgeprochenen Zweck verfolgte, den oben erwähnten Gedanken öffentlichen Ausdruck zu verleihen. Vor Allem wurden sämtliche in Paris existirenden sozialistischen Klubs der verschiedenen Nationalitäten eingeladen, und dieselben schlossen sich sofort dem gemachten Vorschlag an. Es beteiligten sich sechs Klubs an der Organisation des Festes — drei deutsche, der polnische, russische und skandinavische (Dänen, Norweger und Schweden) — und wählten ein Organisationskomitee, das pro Klub aus je zwei Mitgliedern bestand.

Das Organisationskomitee war ebenfalls dafür, der beachtlichen Manifestation den Charakter eines Festes zu verleihen, da in Frankreich nach dem Gesetz von 1849 und dem niederträchtigen Gesetz von 1872 gegen die Internationalen öffentlichen Kundgebungen seitens der Ausländer strengstens verboten sind. Uebrigens, wie der Erfolg zeigt, ist mit dem Fest dasselbe erreicht worden, was durch ein Meeting hätte erreicht werden können.

Das Komitee versicherte sich der Unterstützung der sozialistischen Fraktion der Kammer und der sozialistischen Stadt-räthe des Gemeinderathes, sowie aller französischen Fraktionen, Gruppen und Studierkreise, die sammtlich als Gäste zu dem Internationalen Fest eingeladen wurden. Es wurde den selben die vom Komitee ausgearbeitete Resolution vorgelegt, welche wir kurzgefaßt wiedergeben, und zu der sie ihre völlige Zustimmung aussprachen:

„Resolution. Die immer größeren Rüstungen, deren Kosten hauptsächlich auf das Proletariat entfallen, das Verhalten von Rußland und der europäischen Diplomatie in der orientalischen und bulgarischen Frage, die beständige Sprache Bismarck's gegen die französische Republik, die sozialistischen Kriegserklärungen, welche den Frieden bedrohen, veranlassen die zu Paris lebenden revolutionären Sozialisten aller europäischen Nationalitäten, welche dem Internationalen Feste beizuwohnen, zur Annahme folgender Resolution:

1) In Erwägung, daß die modernen Kriege nur die Arbeitermassen von ihrer häuslichen Lage ablenken sollen, ferner, daß jeder Krieg, indem er zwischen den Völkern Haß erweckt, die sozialistische Bewegung hemmt, und endlich, daß die Kriege nur den Ausbeutern und Finanzleuten Nutzen bringen, und die politische und ökonomische Unfähigkeit der Bourgeoisenschaft verbergen sollen, protestiren die revolutionären Sozialisten energisch gegen die kriegerische Politik und hoffen, daß das pflichtbewusste Proletariat dem herrschenden Zustande ein Ende machen werde;

2) In Erwägung, daß die europäischen Diplomaten den Appetit der Romanoff in Bulgarien nicht in Schranken halten können, und daß diese Thatsache die politische Unfähigkeit der Bourgeoisie zeigt, protestiren die Sozialisten gegen den Einfall der Kaiser-Romanoff in Bulgarien und fordern das bulgarische Volk auf, sich dem internationalen Proletariat anzuschließen, welches nur allein die politische und ökonomische Befreiung der Menschheit herbeiführen kann;

3) In Erwägung, daß der Haß Bismarck's gegen die französische Republik nur dem Haß gegen den verabschiedeten Despotismus gegen die künftige Gesellschaft Ausdruck verleiht, daß die Chauvinisten aller Schattirungen und Nationalitäten keine wahrhafte nationale Verteidigung organisiren können, sondern nur Haß zwischen die Völker legen, und daß nur das französische Proletariat, indem es Herr der politischen Macht wird, zu gleicher Zeit das eigene Land sowie die sozialistischen Prinzipien vertheidigen kann, protestiren die ausländischen Sozialisten gegen jeden etwaigen Krieg und sprechen die feste Hoffnung aus, daß die Sozialisten aller Länder und in erster Linie die große Masse der deutschen Sozialdemokraten den französischen Sozialisten die Bruderhand reichen und ihnen dadurch die Aufgabe erleichtern werden, welche ihnen als revolutionären Sozialisten zufällt.“

Ferner wurde beschlossen, alle auswärtigen sozialistischen Parteien von dem Feste in Kenntniß zu setzen und zu demselben einzuladen. So wurden Einladungen an die österreicheische, schweizerische, deutsche, italienische, spanische, englische (an beide Fraktionen), belgische (französische und vlämische), an die russische und nordamerikanische Partei gegeben. Auf diese Einladungen liefen folgende Antworten ein: Der „Sozialdemokrat“ sandte eine Adresse im Namen der deutschen Sozialisten, ebenso die spanische und österreicheische Partei; seitens der Russen antwortete Pawloff durch einen Brief, die englische Fraktion der Sozialisten Laogru bedachte das Fest sogar durch einen Delegationen in der Person von Josef Lane, die nordamerikanische Arbeiterpartei schickte ein Telegramm ein. Das Fest selbst bestand aus zwei Theilen, dem politischen Theil und dem Balls. Den Vortag führte, dem französischen Gebrauch entsprechend, der sozialistische Deputirte Antide Doyer, als Beisitzer fungirten zwei der sozialistischen Stadträthe, Bailiant und Bonquet, außer dem noch Paul Lafargue. Genosse Palmgreen erdiente im Namen des Komitees das Fest und verlas die oben erwähnten eingela-

senen Adressen, sowie einen Brief von Friedrich Engels. Darauf erasiff Doyer im Namen seiner Kollegen das Wort und auf ihn folgten Bailiant, Bonquet, Lafargue. Ebenso sprach die auf ihrer Durchreise in Paris anwesende Genossin, Frau Guillaume e. Chad, in französischer Sprache über den Kampf in Deutschland und die immer regere Theilnahme der sozialistischen Frauen an der Bewegung. Ihre Ausführungen wurden ebenso wie die Worte der vorangehenden Redner mit stürmlichem Beifall aufgenommen.

Seitens der beteiligten Klubs sprach je ein Redner in seiner respektiven Sprache und im Sinne der ausgearbeiteten Resolution. Die drei deutschen Klubs stellten zusammen zwei Redner, von denen der eine deutsch, der andere französisch sprach, um den anwesenden französischen und ausländischen Genossen, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, die Stellung und Haltung der deutschen Sozialisten ihren Brüdern aller Länder und hauptsächlich Frankreichs gegenüber klarzulegen.

Der offizielle Theil des Festes endigte mit einem Brau-nden Hoch auf die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder und den internationalen Sozialismus. Die zweite Hälfte des Festes war dem Tanz und dem fröhlichen Beisammensein gewidmet und nahm erst gegen sechs Uhr Morgens ein Ende.

Abgesehen von den niederträchtigen Notizen, welche die opportunistische „France“, der reaktionäre „Figaro“ und das Repetiblat „La Reoançe“ über das Fest brachten, berichteten nur „Le Socialiste“ und „La Voie du Peuple“ über dasselbe. Die republikanische Presse hat das Fest ganz tabu geschwiegen, obgleich sie durch eine Menge Reporter vertreten war.

- Im Auftrag der unterzeichneten sozialistischen Klubs:
Der deutsche Sozialistenklub.
Der deutsche Arbeiterklub.
Der deutsche sozialdemokratische Klub von La Bilette.
Der skandinavische Arbeiterklub.
Der polnische Sozialistenklub.
Der russische sozialistische Arbeiterklub.

Korrespondenzen.

Gelle (Hannover). Unser Wahleresultat ist leider trotz großer Mühe und Kosten nicht besonders. 1884 hatten wir 864, diesmal 1088 Stimmen; der Nationalliberale erhielt 1870, der Welfe 9400 Stimmen. Im 15. hannoverschen Wahlkreis stellten beim ersten Sturm 55 Stimmen für uns. Am 21. Februar ist hier bei unsern Kandidaten und noch drei anderen Personen gehaust worden, jedoch nichts Gravirendes gefunden. Trotzdem wurde eine Anklage wegen „un-erlaubten Sammelns“ zu Papier gebracht, auf die hin circa 15—18 Personen theils angeklagt, theils als Zeugen vernommen wurden, und die gab der Polizei Gelegenheit, bei noch mehreren Personen Haus-suchung zu halten, jedoch ebenfalls mit negativem Resultat. Nur bei einem Genossen hat die Polizei direkt gefragt, ob er Leser vom „Sozialdemokrat“ sei, was er für seine Person bejahte.

Merseburg, 14. März. In die Nothwendigkeit versetzt, das nicht-mwürdige Treiben einiger unsouberer Patrone in der Oeffentlichkeit zu kennzeichnen, müssen auch wir einmal das Parteiorgan in Anspruch nehmen. Was die Wahl im Kreise Merseburg, Querfurt anbetrifft, so kann man in Bezug auf sie die Worte Singers anwenden: Das war nicht Wahlbeeinflussung, sondern Wahlverbrechen. Ich will jedoch heute nicht auf alle Einzelheiten eingehen, sondern nur die erbärmlichsten jener Suben brandmarken, die das allgemeine Recht mit Füßen treten und dann hinterher noch höhnend triumphiren. Da sind zuerst der Amtsrath Zimmermann in Bentzen-dorf und sein lieberer Sohn, jetzt ebenfalls Gutbesitzer, hervorzuhelen, die sich nicht scheuen, einen Genossen, der sozialistische Stimmzettel und Wahlausweise vertheilt, mit Hilfe eines halben Duzend gleicher Knechtsheelen zu verhaften und aller Wahzettel zu berauben. Kidnapp drangen die Stroche in die Häuser ihrer Arbeiter und konfiszirten die Zettel der Sozialisten, sowie auch der Liberalen. Von unseren Genossen darauf aufmerksam gemacht, daß dies ungesetzlich sei und daß dagegen Beschwerde erhoben werden würde, entgegnete der Amtsrath trotzig: „Was scheert mich das Gesetz! Ich bin Amtsrath, und das kann uns nur ein Lob der höheren Behörde einbringen.“

(Stellrecht wohl gar einen Orden, nach dem Sie so sätern sind?) Uebrigens charakterisirt es Sie, daß grade Ihre Arbeiter aus den Häusern herausgekommen waren und Stimmzettel und Wahlausweise verlangt hatten.)

Der zweite Ehrenmann dieser Sorte ist der Maschinenfabrikant Theodor Soret in Merseburg, welcher bei Gelegenheit eines Volkes sich einst äußerte: „Wenn ich bei meinen Arbeitern bin, so ist mir's wie bei meinen Kindern.“ — Ja, aber arbeiten läßt der Herr diese seine Kinder vierzehn Stunden ohne Frühstück und Mittagspause, bei einer Ventilation, wo selbst der Gesandte über kurz oder lang geradezu der Schwindel verfallen muß. Nachdem derselbe erfahren, daß das soziale demokratische Gilt auch in seine Fabrik eingebracht, hat er fünf Arbeiter entlassen, weil sie weiter nichts gethan, als ihre Stimme für Daseinleber abzugeben.

Mittheilung, wenn nicht Hauptquartiere an dieser Maßregel sind übrigens der Schwager des Herrn Soret, der Lieutenant Sieberer, welcher mit im Geschäft angefaßt ist, sowie sein Weiser, Romanus Barsch. Was dieser Schwur, der in seinem Leben noch nirgends weiter war als in Riemburg a. S., seinem Geburtsort, von wo er, nachdem er dort gelernt und weder durch Kündigung noch durch An-die-Luft setzen loszuwerden war, schließlich als altes Inwentar mit nach Merseburg genommen worden ist — denn der jetzige Chef war früher Direktor in Riemburg — an Berrätherei und Spionkerei geleistet hat, übersteigt alle Begriffe.

Bei letzterer Thätigkeit bediente er sich insbesondere eines Bagabunden, Zentler mit Namen, eines Reichthens, der seinen eigenen Bruder betrog, so daß ihn heute noch Jeder, der es will, ins Zuchthaus bringen kann. Der den „rothen Teufel“ gesehen hat, kann sich ein Bild von diesem Heuler machen.

Die Dritten in dem Bunde der Ausbeuterpatrone sind die Inhaber der Firma Blanke und Kompagnie hier. Dieselben entziehen einen Arbeiter, bloß weil er bei der Affäre Zimmermann in Bentzen-dorf zugegen war, sofort aus der Arbeit.

Trotz alledem sind wir nicht muthlos, sondern wollen um so eifriger weiter wirken, bis die Stunde der Vergeltung schlägt.

Siner von den Sieten.

Wir warnen alle Genossen des In- und Auslandes, bei den genannten Firmen in Arbeit zu treten.

Hagen (Westfalen), 23. März. Das Resultat, welches wir bei der diesjährigen Wahlbewegung in unserem Kreise erzielt haben, ist gewiß sehr befriedigend, denn wir erhielten auf unsern Kandidaten Dreißig 2702 Stimmen, wohingegen wir 1884 nur 1128 Stimmen auf Darm vereinigten konnten. Auch diesmal wurden unserer Thätigkeit alle nur erdenklichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Das Arbeiter-Wahlkomitee wurde durch eine Verfügung der königlichen Regierung verboten; die allerdings auf unsere dagegen erhobene Beschwerde wieder aufge-hoben wurde, und zwar nicht etwa erst nach der Wahl, sondern wirklich ganze zwei Tage vor der Wahl, nämlich den 18. Februar, so daß wir ja noch genug agitiren konnten. Das hat uns jedoch nicht abgehalten, auch diesmal wieder einen Protest gegen die Giltigkeit der Wahl abzugeben, welcher höchst wahrscheinlich ebensoviel Erfolg als der von der vorigen Wahl haben, nämlich den Papierkorb der Wahlprüfungs-kommission füllen wird, noch dazu, da der jetzige zur Karnavalzeit er-standene Reichstag seinem Ursprung alle Ehre macht. Wie viel Arbeit aber noch von den hiesigen Genossen bewerkstelligt werden muß, bis dieser Kreis Anspruch darauf machen kann, als der Sozialdemokratie zugehörig zu gelten, das hat so recht die Feier des 22. März bewiesen. Schon vier Tage vorher sangen die sogenannten Patrioten bereits an, verrückt zu werden, und Dumme gibt es ja genug, die theils aus Ges-schäftsrückständen, theils auch aus Vergnügungssucht jeden verachtigen Kummel mitmachen. Nun, die ernüchtert Erwachten werden noch erfahren

